

Gunther Nickel

Identitätspolitik allerorten -- ideologische Wurzeln und freiheitsgefährdende Folgen

Vortrag vor dem Hayek-Club Frankfurt am Main am 7. Februar 2022

Der Begriff Identitätspolitik zielte lange auf ein bestimmtes, mit Volkszugehörigkeit verbundenes politisches Terrain. In Deutschland geht ideengeschichtlich das, was er bezeichnet, auf Johann Gottfried Herder zurück, für den die Kultur eines jeden Volks eine besondere Signatur besaß. Daran knüpfte die deutsche Romantik an, und an sie wiederum -- radikalisiert -- der Volksbegriff des Nationalsozialismus. Schon deshalb verbinden sich mit dem Begriff der Identitätspolitik nationalistische und rassistische Konnotationen, weshalb es auch nicht erstaunlich ist, daß die völkische Identitäre Bewegung von ihren Gegnern als faschistisch angefeindet wird.

Entsprechend war für die westliche Linke Identitätspolitik bis in die 1970er Jahre etwas, was man im Namen der Aufklärung und universalistischer Werte selbstverständlich bekämpfte, und ihr respektables Ziel dabei war die Durchsetzung der Gewährung gleicher Rechte für alle, was immer das dann auch in konkreten politischen oder ökonomischen Streitfragen heißen mochte. In ihrer abstrakten Fassung entspricht diese Forderung ganz dem, was das Grundgesetz in Artikel 3 bestimmt: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Und: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Das Verwirrende ist: Inzwischen gibt es auch eine linke Identitätspolitik. Sie ist, um es schon jetzt deutlich zu sagen, im Namen des Antirassismus rassistisch, im Namen des Antisexismus sexistisch und im Namen der Antidiskriminierung diskriminierend, wird aber von keiner geringeren Institution als der Bundesregierung unterstützt. Und das gilt nicht erst für die jüngst neu konstituierte Bundesregierung unter Olaf Scholz, sondern auch schon für die Bundesregierung unter Angela Merkel. Es gilt auch für die meisten Landesregierungen.

Rechte und linke Identitätspolitik unterscheiden sich in ihren Vorzeichen, und beide bekämpfen einander nach Kräften, aber sie haben Gemeinsamkeiten, darunter auch gemeinsame Gegner. Zu ihnen gehören die Verfechter eines freiheitlichen bürgerlichen Liberalismus genauso wie jene Linke, die linke Identitätspolitik überhaupt nicht für links halten, sondern für eine völlig abwegige Ideologie.

Das macht die Lage zugegebenermaßen ein bißchen kompliziert. Und so will ich nun versuchen, ihr irritierendes Erscheinungsbild dadurch etwas verständlicher zu machen, daß ich ihre historische Genese in groben Zügen nachzeichne.

In den 1970er Jahren bildete sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen westlichen Industrienationen ein neues Leitbild heraus: das Leitbild des Multikulturalismus. Bemerkenswerterweise wurde es nicht von den Betroffenen entworfen und befördert,

sondern von den Regierungen in westlichen Ländern wie Deutschland und Frankreich: Um auf die mangelhafte Integration von Menschen zu reagieren, die etwa in Folge von Arbeitsmigration einen anderen kulturellen Hintergrund hatten als die angestammte Mehrheitsgesellschaft, rief man Ausländer-Beiräte ins Leben, durch deren Arbeit sich, wie der britische Publizist Kenan Malik in seinem auf Deutsch in der Edition Novo erschienenem Buch „Das Unbehagen in den Kulturen“ kritisiert, die Bedeutung des Wortes „Gleichheit“ veränderte: „Gleichheit bedeutete nun nicht mehr, trotz unterschiedlicher Rasse, Ethnie, Kultur oder Glauben die gleichen Rechte zu haben wie alle anderen, sondern unterschiedliche Rechte zu haben und zwar wegen dieser Unterschiede.“

Die Idee des Multikulturalismus wurde von der westlichen Linken zunächst übernommen und dann weiter ausdifferenziert, so daß die Zahl von marginalen, angeblich aber marginalisierten Gruppen, deren besonderen Ansprüchen mehr Aufmerksamkeit zu schenken sei, bis heute immer weiter anwuchs. Dabei war seit Beginn der 1990er Jahre das Aufkommen und der wachsende Einfluß der Gendertheorie von besonderer Bedeutung. Mit ihr wurde vor allem etwas in Frage gestellt, was zuvor als fraglos galt: eine natürliche binäre geschlechtliche Differenz der Menschen, also die Existenz von einerseits Frauen und andererseits Männern, die man bis dahin nicht anzuzweifeln gedacht, sondern nur durch rechtliche Gleichstellung und deren gesellschaftlicher Durchsetzung zu egalisieren getrachtet hatte. Der maßgebliche Impuls für die Gendertheorie ging von dem 1990 erschienenen Buch „Gender Troubles“ der US-amerikanischen Philosophin Judith Butler aus. Die Unterscheidung von „männlich“ und „weiblich“ und mit ihr auch die Unterscheidung von „sex“ (als der biologischen sexuellen Identität) und „gender“ (als der empfundenen sexuellen Identität) bezeichnet Butler in ihrem Buch als bloßen Effekt einer herrschenden „kulturelle[n] Matrix“, und sie behauptet, diese Matrix werde lediglich diskursiv erzeugt. „Geschlecht“, schreibt Butler, sei „keine vordiskursive anatomische Gegebenheit“, und sie behauptet, „daß das Geschlecht (sex) definitionsgemäß immer schon Geschlechtsidentität (gender) gewesen ist.“ Die Unterscheidung von „sex“ und „gender“ ist daher in Butlers Augen hinfällig; Worte wie „Frau“ oder „Frauen“ setzt sie aus diesem Grund in Anführungszeichen. Heute kursieren solche Überlegungen als Behauptung, Geschlecht sei lediglich eine soziale Konstruktion.

Um die Entstehung und den Erfolg von Butlers „Gender Troubles“ vor allem in den Geisteswissenschaften zu verstehen, bedürfte es jetzt langer und komplizierter Ausführungen zur US-amerikanischen Rezeption französischer Philosophen wie Jacques Derrida und Michel Foucault, deren Konzepte allen voran von Butler auf eine eigenwillige Weise aufgegriffen wurden und über diesen Umweg zurück an die europäischen Universitäten fanden. Besondere Beachtung verdiente dabei, daß Butlers "Gender Troubles" noch ganz entschieden gegen eine Essentialisierung von Identität gerichtet war, die in der Diversity-Politik jetzt aber gerade betrieben wird. Für eine solche ideengeschichtliche Rekonstruktion ist hier allerdings weder die Zeit noch wäre es der richtige Ort; sie würde diese Skizze zweifellos überfrachten. Wichtig erscheint mir allerdings der Hinweis, daß vor allem durch problematische Fortschreibungen Derridascher und Foucaultscher Denkfiguren in den Geisteswissenschaften die bis 1970 in Deutschland für die intellektuelle Orientierung

der studentenbewegten Generation äußerst einflußreiche Kritische Theorie der sogenannten Frankfurter Schule mit Max Horkheimer und Theodor W. Adorno nahezu bedeutungslos wurde.

Gerade aus den Reihen derer jedoch, die der Kritischen Theorie Horkheimers und Adornos bis heute die Treue bewahrt haben, wird inzwischen die schärfste und, wie ich meine, philosophisch und kulturhistorisch fundierteste Kritik an der Gendertheorie geäußert. Und es lohnt sich, sich anzuhören, wie da argumentiert wird, nämlich so: Es sei zunächst unbestreitbar, schreibt der der Frankfurter Schule zuzurechnende Philosoph Christoph Türcke in seinem unlängst erschienenen Buch „Natur und Gender“, daß es nur zwei konträr-komplementäre Keimzellenarten gebe, eben männliche und weibliche, aber keine intergeschlechtlichen oder diversen. Hinzu komme ein naturgeschichtliches Erbe des Menschen. Es bestehe darin, „daß seine Rituale, Institutionen, Lautformungen [...] als ungelente Versuche“ begonnen hätten, übermächtige Naturgewalt zu verarbeiten. Erst im Laufe vieler Jahrtausende hätten sich seine diskursiven Praktiken von schwachen Notwehrmaßnahmen zu naturbeherrschenden Kräften gewandelt. Und erst im Zuge dieser Entwicklung sei allmählich ein beträchtlicher Teil von Naturgewalt in selbstverwaltete soziale Gewalt überführt worden. Dazu gehöre auch die nie gewaltfreie Regelung der Geschlechterverhältnisse, die gewiß nicht mit einem patriarchalen ‚Diskurs‘ mächtiger Urväter begonnen hätte, weil männliche Hominiden vor den Naturgewalten nicht minder angsterfüllt flohen als weibliche und zudem als die Nicht-Gebärenden auch nicht die primären Orientierungstifter für die Familien und Clanbildung gewesen seien.

Zur Naturgeschichte des Menschen gehöre aber nicht nur, daß er sich gegen eine übermächtige Natur habe behaupten müssen. Der Mensch sei vielmehr selbst Natur, und der Doppelcharakter des Menschen als naturbeherrschendes Naturwesen folgenreich. Denn was sei eigentlich diese Natur, die den Menschen hervorgebracht habe, der er angehöre, gegen die er sich aber auch zur Wehr setzen müsse? Das, antwortet Türcke mit Immanuel Kant, wissen wir nicht; diese Natur sei für den Menschen letztlich genauso wenig ergründbar und so wenig verfügbar wie Kants Ding an sich. Bleibt sie, fragt Türcke dann aber, „auch jenseits aller Erfahrung?“ „Keineswegs“, antwortet er: „Wann immer Lebewesen mit ihrer Umgebung zu tun haben, haben sie mit der Natur zu tun. Indem sie mit ihr umgehen, erscheint sie ihnen.“ Und dabei handelt es sich keineswegs um lediglich diskursive Effekte (was etwa ersichtlich wird, wenn Menschen etwa an Krebs erkranken, sich mit dem Corona-Virus infizieren oder wenn sie sterben).

Daß dennoch die Vorstellung, Geschlecht (sex) sei kein Merkmal, das man als naturgeschichtliches Erbe hat, sondern eines, das man wählen kann, immer mehr Zuspruch findet, knüpft ideengeschichtlich, wie Türcke dann knapp umreißt, zwar an den Konstruktivismus und die Dekonstruktion Jacques Derridas an, führt am Ende aber nur zur kuriosen Wiederkehr des Kreationismus. Jetzt ist es allerdings nicht mehr ein Gott, der die Welt nach seinen Vorstellungen erschaffen habe, sondern der Mensch, der seinen Gefühlen folgt nach dem Motto „Ich spüre, also bin ich; aber auch: Ich bin so, wie ich mich spüre.“

Was folgt daraus? Türcke nennt es die „Ontologisierung der Empfindung zur ultima ratio.“ Und was wiederum folgt daraus? Türcke nennt es Machbarkeitswahn.

Die gegenwärtige Identitätspolitik ist Ausdruck dieses Machbarkeitswahns. In der zahlenmäßigen Dominanz heterosexueller Beziehungen erkennt sie zu verurteilende Heteronormativität; der binären Zweigeschlechtlichkeit setzt sie die Idee einer fluiden bzw. nonbinären Geschlechtsidentität entgegen; sie will die freie Wahl des Geschlechts ab dem Alter von 14 Jahren politisch durchsetzen und für mehr Sichtbarmachung und Repräsentanz aller nicht heterosexuellen Geschlechtsidentitäten sorgen. So steht es im Koalitionsvertrag, den SPD, Grüne und FDP geschlossen haben.

Nicht nur das naturgeschichtliche Erbe des Menschen wird dabei ignoriert. Den Exponenten einer solchen Politik fällt auch nicht auf, daß ihre Form der sowohl naturgeschichtlich als auch biologisch wie medizinisch uninformierten Biopolitik sich komplementär zu einer ökonomischen Entwicklung verhält, die der Soziologe Andreas Reckwitz in seinem Buch „Die Gesellschaft der Singularitäten“ beschrieben hat. Danach ist eine standardisierte (fordistische) Massenproduktion längst gegenüber der Produktion dessen, was Reckwitz „Singularitäten“ nennt, in den Hintergrund getreten. Für Singularitätsgüter sei nicht mehr ihre Funktionalität entscheidend, sondern daß ihnen ein „kultureller Wert“ oder eine „kulturelle Qualität“ zugesprochen werde, die sie attraktiv mache. Dieses Phänomen habe es zwar schon immer gegeben, es werde in der Ökonomie der Spätmoderne aber in vielen Bereichen von einer Begleiterscheinung zum dominanten Merkmal. Das sei bemerkbar sowohl bei der Produktion dieser Güter als auch bei der Wertschöpfung. Denn um etwa einen Markenturnschuh im Hochpreissegment herzustellen und erfolgreich zu verkaufen, könne man die reinen Produktionskosten schon fast vernachlässigen. Hergestellt und verkauft werde in erster Linie ein Image. Und mit der Herstellung von singularistisch anmutenden Images und ihrer gesellschaftlichen Etablierung seien immer größere Bereiche der Wirtschaft beschäftigt.

Zu dieser Kulturalisierung der Ökonomie, so behaupte ich nun im Anschluss an Reckwitz, liefert die von der Identitätspolitik reklamierte Pluralität und Wählbarkeit von Geschlechtsidentität ein paßgenaues Angebot zur Perfektionierung einer singularistischen Lebensführung. Damit läßt sich, meine ich, auch erklären, warum inzwischen immer mehr Firmen dazu übergehen, sich identitätspolitischer Maximen zumindest bei der Unternehmenskommunikation zu bedienen. „Unsere Belegschaft ist divers – und das auf vielen Ebenen“, versichert etwa der Darmstädter Chemie- und Pharmakonzern Merck auf seiner Website, was immer das bei seiner Produktion von chemischen und pharmazeutischen Gütern auch bedeuten mag.

Was es für die Besetzung von Gremien und für die inzwischen milliardenschwere Bundeskulturförderung bedeuten soll, wird von der neuen Kulturstaatsministerin Claudia Roth dagegen sehr klar formuliert, wenn sie verspricht, die ganze Vielfalt unserer diversen Gesellschaft solle in Zukunft sichtbar werden, und dazu zählen für sie nicht nur Menschen aus der sogenannten LGBTIQ+-Szene, Menschen, die also entweder lesbisch, schwul (gay),

bisexuell, trans, inter, asexuell oder queer sind, sondern auch Menschen mit Migrationshintergrund, People of Colour (also Schwarze und Farbige) oder Menschen verschiedener Religionszugehörigkeit.

Hier sind alle Merkmale angesprochen, die auch das Grundgesetz in Artikel 3 benennt, also nicht nur Geschlecht, sondern auch Abstammung, Herkunft und Religionszugehörigkeit. Der Unterschied ist nur: Der Artikel 3 des Grundgesetz bestimmt, daß diese Merkmale keine Rolle spielen sollen, während Frau Roth dagegen möchte, daß sie in Zukunft entscheidend sind.

Das Diversity-Programm der rot-rot-grünen Berliner Landesregierung nennt diese Merkmale „Dimensionen von Vielfalt“, und es benennt als zu berücksichtigende „Dimensionen“: das Geschlecht, die sexuelle Identität, die ethnische Herkunft oder Hautfarbe, das Alter, Behinderungen sowie die religiöse oder weltanschauliche Orientierung. Ziel sei es, „marginalisierte, unterrepräsentierte Gruppen [in diesen „Dimensionen“] aktiv zu fördern“, um „[strukturelle] Benachteiligungen durch positive Maßnahmen auszugleichen“.

Möglicherweise spielen auch die Haarfarbe, die Körpergröße und das Körpergewicht bei solchen Diversitätsforderungen demnächst noch eine Rolle, denn auch sie sind natürlich „Dimensionen“ von Identität. Das gemeinsame an diesen „Dimensionen“ ist, daß ihre Beachtung nicht auf die Feststellung der Gemeinsamkeiten, sondern der Unterschiede der Menschen abzielt.

Die „Dimensionen“ sind jedoch nicht von gleicher Beschaffenheit. Einige von ihnen kann man wählen oder soll man so wählen können wie eine neue Haarfarbe beim Friseur, darunter in Zukunft – wie gesagt -- auch das Geschlecht. Andere wie die ethnische Herkunft kann man nicht wählen, ja man darf sie nicht wählen, denn das wäre eine Form kultureller Aneignung, die inzwischen ebenfalls geächtet wird. Wer den „Mohr von Venedig“ in Shakespeares „Othello“ spielt und keine schwarze Hautfarbe hat, sondern sich nur schwarz schminkt, betreibt in den Augen sich besonders „woke“ (erwacht) haltender linker Identitärer sogenanntes „Blackfacing“, und das gilt als rassistisch. Nicht das schauspielerische Vermögen ist unter „woken“ Gesichtspunkten bei der Besetzung einer solchen Rolle entscheidend, sondern es sind unveränderliche identitäre Merkmale.

Aber das gilt eben nicht für alle „Dimensionen von Vielfalt“. Denn sobald Geschlecht – wie geplant – eine Frage der beliebigen Wahl durch eine, wie es im Koalitionsvertrag heißt, „Änderungen des Geschlechtseintrags im Personenstand [...] per Selbstauskunft“ geworden ist, wird eine Frauenquote genauso zu einer Farce, wie die Einrichtung von Frauenparkplätzen oder die Trennung von Herren- und Damentoiletten.

Deutlich wird dabei die gedankliche Inkonsistenz des linken Identitätsdenkens. So wird, was bei einer anderen „Dimension von Vielfalt“, der Hauptfarbe, als kultureller Übergriff verurteilt wird, bei Fragen der Geschlechtsidentität fraglos akzeptiert. Ungeklärt bleibt dabei

aber, warum das eine Mal (bei der Wahl des Geschlechts) „kulturelle Aneignung“ kein Problem sein soll, was das andere Mal (beim „Blackfacing“) als verwerflich gilt.

Ein zweites Beispiel für die gedankliche Inkonsistenz: Der Sinn der Trennung von Toiletten in Herren- und Damentoiletten ist der Schutz von Frauen vor Nachstellungen von Männern, die schon mit Blicken beginnen können. Sie sind, was man seit einiger Zeit für andere „Dimensionen von Vielfalt“ fordert, ein „safe space“, ein geschützter Raum für Frauen. Wird er für Männer, die sich durch eine bloße Willenserklärung zu Frauen erklären können, geöffnet, wird allen Frauen, ob sie es wollen oder nicht, dieser geschützte Raum genommen. Während man ihn aber allen Frauen nehmen will, sollen „safe spaces“ für andere „Dimensionen von Vielfalt“ allererst geschaffen werden, und im Blick hat man dabei stets „safe spaces“ für marginale Gruppen, zum Beispiel Schwule, Lesben und Transsexuelle, von denen man behauptet, sie würden marginalisiert. Wenn aber nur für marginale Gruppen jene Achtsamkeit gilt, die der ungleich größeren Gruppe der Frauen entzogen werden soll, wird eine paradoxe Majorisierung von Minderheiten praktiziert.

Weitere Inkonsistenzen zeigen sich bei der Durchsetzung von Genderformen wie dem Gendersternchen. Sie sollen ja keineswegs Frauen gegenüber Männern „sichtbarer“ machen, denn Frauen soll das Gendersternchen gar nicht bezeichnen. Es geht bezeichnet vielmehr die sogenannten anderen Geschlechter, darunter ausdrücklich Transsexuelle. So lautete die Begründung für die Verwendung von Gendersternchen etwa bei einer Delegiertenkonferenz der Grünen 2015 in Berlin: „Um sicherzustellen, dass alle Menschen gleichermaßen genannt und dadurch mitgedacht werden, wird in unseren Beschlüssen ab jetzt der Gender-Star benutzt. Transsexuelle, transgender und intersexuelle Personen werden so nicht mehr unsichtbar gemacht und diskriminiert.“ Menschen mit Geschlechtsdysphorie sind in der Regel aber gar nicht daran interessiert als Transsexuelle sichtbar gemacht und wahrgenommen zu werden. Ein transsexueller Mann will vielmehr als Mann wahrgenommen werden und eine transsexuelle Frau als Frau. Daraus resultiert auch die Forderung nach Entsorgungsmöglichkeiten für Hygieneartikel wie Tampons auch auf Männertoiletten, die zum Beispiel im Juli 2021 auf einem Landesparteitag der SPD in Sachsen beschlossen wurde. Dadurch möchte man verhindern, daß transsexuelle menstruierende Menschen gezwungen sein könnten, die Damentoilette aufzusuchen und damit ihre Geschlechtsdysphorie „outen“ (offenbaren) zu müssen. Warum man sie hier gerade nicht sichtbar machen will, um gleichzeitig durch Genderformen bei jedem, aber auch wirklich jedem Sprechakt auf sie aufmerksam zu machen, ist eines der unergründlichen Geheimnisse der Gendersprachpolitik.

Die auch in diesem Fall paradoxe Majorisierung von Minderheitsinteressen ist mit einem weiteren Problem verbunden: Der Rat für deutsche Rechtschreibung empfiehlt bislang, Genderformen wie das Gendersternchen nicht in die Amtssprache einzuführen, weil damit keine Rücksicht „auf die mehr als 12 Prozent aller Erwachsenen mit geringer Literalität“ genommen werde. Und eben für diesen nicht ganz geringen Teil der Bevölkerung werden ja mit dem Ziel der Minderung von Sprachbarrieren seit geraumer Zeit von Behörden auch

Formulare und Merkblätter in sogenannter „einfacher Sprache“ angeboten. An diesem Beispiel wird deutlich, daß bei der Durchsetzung von Forderungen linker Identitärer soziale Rücksichtnahmen nicht die geringste Rolle spielen.

Es handelt sich im übrigen um das einzige Politikfeld, in dem politische Entscheidungen sich schon während der Zeit der Kanzlerschaft Angela Merkels nicht an der demoskopisch ermittelten Mehrheitsmeinung der Bevölkerung orientiert haben, denn Umfragen von Meinungsforschungsinstituten wie dem Institut für Demoskopie in Allensbach haben ergeben, daß mehr als zwei Drittel der Menschen in unserem Land das Gendern ablehnen.

Daß soziale Fragen aus dem Horizont des Denkens linker Identitärer verschwunden sind, kritisiert auch die Politikerin der Partei „Die Linken“ Sahra Wagenknecht, und schon 2006 hat es der US-amerikanische Literaturwissenschaftler Walter Benn Michaels in seinem Buch „The Trouble With Diversity“ getan, das unter dem Titel „Der Trubel um Diversität“ im vergangenen Jahr auf Deutsch erschienen ist. Beide machen deutlich, daß das, was ich nun schon die ganze Zeit als „linke Identitätspolitik“ bezeichne, mit Linkssein eigentlich gar nichts mehr zu tun hat. Es ist vielmehr stockreaktionär und läuft auf eine besorgniserregende Tribalisierung der Gesellschaft hinaus, die gesellschaftliche Ungleichheiten bzw. Ungerechtigkeiten nicht etwa vermindert, sondern im Gegenteil: vermehrt.

Man müßte nur bemitleidend registrieren, daß im „woken“ Milieu völlig ironie- und humorfrei agiert wird und es mit Ironie und Humor auch nicht umzugehen weiß, würde diese Haltung nicht auch noch häufig mit einem missionarischen Eifer einhergehen, der sich schnell ins Autoritative steigert. So hat die schottische Philosophin Kathleen Stock unlängst beschlossen, ihre Professur in Sussex niederzulegen (und wechselt nun an die University of Austin in Texas), weil sie über Jahre von „woken“ Studenten verfolgt, angefeindet und regelrecht gemobbt wurde bis hin zum Vorwurf „Nazi“ zu sein, nur weil sie daran festhält, daß der Mensch ein biologisches Geschlecht habe und deswegen Transfrauen weiterhin „Männer“ nennt. Der Philosoph Gerhard Schweppenhäuser hat in der linken Tageszeitung „taz“ im November letzten Jahres sehr gut kommentiert, was in Sussex passiert ist. Stocks Kritiker, so Schweppenhäuser, argumentierten gar nicht mehr, sie „geben sich verletzt, weil sie sich in ihrer nicht-binären Identität gekränkt fühlen, wenn sich eine Philosophin herausnimmt, eine These aufzustellen, welche das philosophische Fundament des eigenen Lebensentwurfs“ bezweifelt. Diese Verletztheit erinnert Schweppenhäuser „an die von religiösen Menschen, die es nicht ertragen können, wenn andere die theologisch-philosophischen Grundlagen ihres Lebensentwurfs in Frage stellen – etwa mit der These, dass von der Existenz eines Gottes nicht die Rede sein kann.“ Ja, die Militanz der „Woke Culture“ habe nicht nur Züge des religiösen Fundamentalismus, sie sei nichts anderes als ein „Religionsersatz“. Zuvor hatte bereits der taz-Redakteur Jan Feddersen, der auch zu den Autoren der empfehlenswerten Aufsatzsammlung „Die sortierte Gesellschaft. Zur Kritik der Identitätspolitik“ in der Edition Novo gehört, die Vorgänge in Sussex kommentiert und dabei die „woken“ Gegner Stocks als einen „antifreiheitliche[n] Mob im Zustand der

Selbsttrunkenheit“ bezeichnet. Natürlich blieb das in den Kommentarspalten der taz dann nicht unwidersprochen.

Ist Stocks Fall ein Einzelfall oder ein Vorbote? Ich fürchte, daß er ein Vorbote ist, und eines der Indizien dafür sind für mich die im Moment noch sehr verdrucksten, aber eben stattfindenden Überlegungen in deutschen Verlagen, ob man Bücher vor ihrer Veröffentlichung einem „sensivity reading“ unterziehen oder vielleicht sogar gleich mit einer „Triggerwarnung“ versehen soll. Bücher mit „Triggerwarnungen“ gibt es bereits. Die Verlegerin eines Imprints in einem angesehenen mittelständischen Verlag hat sogar schon erklärt, sie würde heute ein Buch wie Mark Twains „Huckleberry Finn“ lieber nicht publizieren wollen. Soweit sind wir also schon.

Zu den Anzeichen dafür, daß linke Identitätspolitik noch mehr an Bedeutung gewinnen wird, gehört auch das begriffliche Wirrwarr, das eine Verständigung erschwert und sich schon zeigt, wenn unter Berufung auf die Forderung nach Gleichheit für angeblich marginalisierte Gruppen Sonderrechte gefordert werden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, wie zugleich jede Form von Kritik abgewehrt wird, denn Kritik wird als unsensibler Mangel an Respekt und Toleranz und als Aggression verstanden, die psychische und seelische Verletzungen verursachen könne und daher unterbleiben müsse. Es reicht im „woken“ Milieu auch nicht mehr, ein richtiges Argument zu äußern, denn, wie Christoph Türcke in seinen Buch „Quote, Rasse, Gender(n)“ über die „woken“ Diskurspraxis feststellt: „Argumentative Selbstevidenz gibt es nicht [mehr]. Richtige Gedanken werden erst dadurch richtig, dass die Richtigen sie äußern.“ Der identitätspolitische Diskurs wird so zum narzisstischen Selbstgespräch – aber zugleich zur Legitimation dafür, mit immer rigoroseren Mitteln gegen alle vorzugehen, die in dieses Selbstgespräch nicht ohne Wenn und Aber einstimmen wollen.

Wie Sie unschwer bemerkt haben werden, halte ich von Identitätspolitik gar nichts, und ich meine damit sowohl eine rechte Identitätspolitik wie die sich zu ihr komplementär verhaltende linke Identitätspolitik. Von ihr nichts zu halten, wird Identitätspolitik aber nicht aufhalten. Der Linguist Peter Eisenberg, der sich in zahlreichen und immer gut begründeten Artikeln, die unter anderem in der Frankfurter Allgemeinen und der Süddeutschen Zeitung erschienen sind, immer wieder sehr entschieden gegen das Gendern ausgesprochen hat, zeigte sich in einem seiner jüngsten Beiträge hoffnungslos. Universitäten, kommunale Verwaltungen, Landes- und Bundesministerien, Journalisten und staatlich geförderte Kultureinrichtungen setzen Genderschreibungen und Gendersprechformen schon derart vermehrt und mit solchen Nachdruck um, daß man sich ihnen immer weniger verweigern können wird. Längst ist etwas geschehen, was die Gesellschaft nicht nur spaltet, sondern sie auch einer neutralen Sprache beraubt, mit der sie sich über gesellschaftliche Konflikte verständigen könnte. Wer gendert gibt damit eine politisch-moralische Bekundung ab, und wer nicht gendert tut das, ob er das nun will oder nicht, auch. Wenn der Prozeß dieser Spaltung, der nur die Begleitmusik zur tribalisierenden Diversity-Politik ist, von staatlichen Institutionen befördert wird, tut der Staat etwas, was er zumindest nach dem Befund des

Historikers Reinhart Koseleck in seinem noch immer lesenswertem Buch „Kritik und Krise“ aus dem Jahr 1959 auf keinen Fall tun sollte: Er stellt nicht mehr nur einen Ordnungsrahmen bereit, innerhalb dessen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden können, zu denen er sich selbst aber neutral verhält, weil er sonst im schlimmsten Fall den Bürgerkrieg riskiert. Natürlich droht uns zur Zeit kein Bürgerkrieg, schon gar nicht, weil gegendert wird. Aber das Gendern ist eben längst nur noch *eine* Form von diversitätspolitischen Maßnahmen, die inzwischen von Diversitätsbeauftragten eingefordert und überwacht werden.

Ich komme zum Schluß, und es bietet sich bei einem Vortrag vor der Hayek-Gesellschaft an, auch Friedrich von Hayek zu konsultieren. Das habe ich gemacht, und ich fand im vierten Band seiner „Gesammelten Schriften“, der den Titel „Recht, Gesetz und Freiheit“ trägt, folgenden Abschnitt unter der Überschrift „‘Staat‘ und ‚Gesellschaft‘“:

„Wenn die Demokratie eine Gesellschaft freier Menschen erhalten soll, darf die Mehrheit einer politischen Körperschaft sicherlich nicht die Macht haben, eine Gesellschaft zu ‚formen‘ oder deren Mitglieder für bestimmte Zwecke tätig werden zu lassen – d.h. für andere Zwecke als die abstrakte Ordnung, die sie nur sicherstellen kann, indem sie gleichermaßen abstrakte Verhaltensregeln durchsetzt. Die Aufgabe des Staates besteht darin, eine Rahmenordnung zu schaffen, in der Einzelpersonen und Gruppen erfolgreich ihre jeweiligen Ziele verfolgen können, und gelegentlich seine Besteuerungsgewalt zur Bereitstellung von Leistungen zu gebrauchen, die aus irgendwelchen Gründen der Markt nicht anbieten kann. Zwang ist aber nur gerechtfertigt, um solch eine Rahmenordnung zu errichten, in der jeder seine Fähigkeiten und Kenntnisse für seine eigenen Zwecke nutzen kann, solange er nicht die gleichermaßen geschützten individuellen Sphären anderer beeinträchtigt. Außer wenn ‚höhere Gewalt oder des Königs Feinde‘ es notwendig machen, einer Autorität vorübergehend Notstandsbefugnisse zu erteilen, die jederzeit von der erteilenden Instanz widerrufen werden können, braucht niemand Macht zu diskriminierendem Zwang zu besitzen.“

Dem kann ich nur zustimmen: „Niemand [braucht] Macht zu diskriminierendem Zwang zu besitzen.“ Die politische Durchsetzung linker Identitätspolitik bedeutet aber genau das, was Hayek mißbilligt: mit ihr wird diskriminierender Zwang ausgeübt, nämlich gegen die Mehrheitsgesellschaft, um sie nach ihren Vorstellungen zu formen. Daß längst auch große Teile der deutschen Wirtschaft diesem Zwang völlig widerstandslos nachgeben, sollte daher gerade jenen zu denken geben, die Hayek und sein Werk wertschätzen.

Vielen Dank für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit!

Verwendete Literatur:

Judith Butler: Das Unbehagen der Geschlechter. Gender Studies. Übersetzt von Kathrina Menke. Frankfurt am Main 1991.

Diversity-Landesprogramm des Berliner Senats vom 8. September 2020

(<https://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/diversity/diversity-landesprogramm/>)

Peter Eisenberg: Das missbrauchte Geschlecht. In: Süddeutsche Zeitung, 2. März 2017

(<https://www.sueddeutsche.de/kultur/essay-das-missbrauchte-geschlecht-1.3402438>)

Peter Eisenberg: Warum korrekte Grammatik keine Gendersternchen braucht: In: FAZ vom 23. Oktober 2020 (<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/richtige-grammatik-braucht-keine-sonderzeichen-fuers-geschlecht-17015164.html>)

Jan Feddersen: Antifreiheitliches Wokistan. In: taz vom 1. November 2021

(<https://taz.de/Professorin-tritt-nach-trans-Eklat-ab/!5809038/>)

Frank Günther: Othello, der PoC von Venedig oder Pippi Langstrumpfs neuer Papa oder Vorseilender Nachruf auf ein bald unspielbares Stück. In: Ders.: Unser Shakespeare. Einblicke in Shakespeares fremd-verwandte Zeiten. München 2014, S. 94-118.

Friedrich A. von Hayek: Recht, Gesetz und Freiheit. Eine Neufassung der liberalen Grundsätze der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie. Hrsg. von Viktor Vanberg. Übersetzt von Monika Streissler. Tübingen 2003.

Reinhart Koseleck: Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt. Frankfurt am Main 1973.

Kenan Malik: Das Unbehagen in den Kulturen. Aus dem Englischen von Niels-Arne Münch. Frankfurt am Main 2017.

Walter Benn Michaels: Der Trubel um Diversität. Wie wir lernen, Identitäten zu lieben und Ungleichheit zu ignorieren. Berlin 2021.

Rainer Moritz: In vorseilender Korrektheit säubern manche Verlage und Autoren ihre Werke von allem potenziell Anstößigen. In: NZZ vom 7. Dezember 2021

(<https://www.nzz.ch/feuilleton/triggerwarnungen-und-sensitivity-reading-sind-totengraeber-der-kunst-ld.1657771>)

Rat für Rechtschreibung: Geschlechtergerechte Schreibung: Empfehlungen vom 26. März 2021 (https://www.rechtschreibrat.com/DOX/rfdr_PM_2021-03-26_Geschlechtergerechte_Schreibung.pdf)

Andreas Reckwitz: Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin 2019.

Johannes Richardt (Hrsg.): Die sortierte Gesellschaft. Zur Kritik der Identitätspolitik. Frankfurt am Main 2018.

Gerhard Schweppenhäuser: Woke-sein als Erweckungsbewegung. In: taz vom 24. November 2021 (<https://taz.de/Der-Fall-Kathleen-Stock/!5813970/>)

Kathleen Stock: Material Girls. London 2021.

Christoph Türcke: Natur und Gender. Kritik eines Machbarkeitswahns. München 2021.

Christoph Türcke: Quote, Rasse, Gender(n). Demokratisierung auf Abwegen. Springe 2021.

Sahra Wagenknecht: Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt. Frankfurt, New York 2021.